


Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung am 10.03.2021

| | |
|--|---|
| Sitzungsort: | Thüringenhalle, Werner- Seelenbinder-Straße 2, 99096 Erfurt |
| Beginn: | 17:00 Uhr |
| Ende: | 19:50 Uhr |
| Anwesende Mitglieder des Ausschusses: | Siehe Anwesenheitsliste |
| Abwesende Mitglieder des Ausschusses: | Siehe Anwesenheitsliste |
| Sitzungsleiter: | Herr Präger |
| Schriftführerin: |  |

Tagesordnung:

| I. | Öffentlicher Teil | Drucksachen- Nummer |
|----|---|------------------------|
| 1. | Eröffnung und Begrüßung | |
| 2. | Änderungen zur Tagesordnung | |
| 3. | Dringliche Angelegenheiten | |
| 4. | Anhörung - Lockdown für den Innenstadthandel und die lokale Wirtschaft (Maßnahmen gem. Drucksachen 2309/20, 0149/21, 0246/21) hinzugezogen: Vertreter der lokalen Wirtschaft/ Handel Erfurts | |
| 5. | Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Beteiligungen und Digitalisierung, Herr Präger, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, eröffnete die öffentliche Sondersitzung. Er stellte die form- und fristgemäße Einladung fest. Zu Beginn der Sondersitzung waren 13 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend. Weiterhin erinnerte der Vorsitzende an das bereits mit den Einladungen versandte Merkblatt zur pandemiebedingten Durchführung von Sitzungen der Ausschüsse des Erfurter Stadtrates. Am 19.02.2021 ist außerdem die Thüringer Verordnung zur weiteren Eindämmung einer Ausbreitung von SARS-CoV 2 sowie gefährlicher Mutationen in Kraft getreten. Aufgrund des § 5 Absatz 1 Nr. 4 in Verbindung mit § 8 Absatz 1 Satz 1 der zweiten Thüringer SARS CoV 2_IFS-Grundverordnung wies er darauf hin, dass nunmehr das Tragen einer qualifizierten Gesichtsmaske während der gesamten Dauer des Aufenthaltes in der Thüringenhalle, auch am Sitzplatz, erforderlich ist. Von der Verpflichtung ist nach § 6 Absatz 3 Nr. 2 der Zweiten Thüringer Verordnung über grundlegende Infektionsschutzregeln zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 und der Erfurter Allgemeinverfügung befreit, wer in geeigneter Weise glaubhaft machen kann, dass das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung wegen Behinderung oder aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht möglich oder unzumutbar ist. Es gilt folglich das nunmehr überarbeitete Hygiene-Konzept. Alle Teilnehmer wurden gebeten in der Sitzung eine qualifizierte Gesichtsmaske sowie auch während eines Redebeitrages zu tragen. Die Regelung einer Lüftungspause, jeweils nach 60 Minuten Sitzungsdauer, bleibt ebenso bestehen. Zudem begrüßte Herr Präger die Vielzahl von Gästen, u. a. Vertreter der lokalen Wirtschaft, des Einzelhandels sowie aus der Gastronomie-, Hotelier- und Veranstaltungsbranche. Durch Herrn Präger wurden die Anwesenden in Kenntnis gesetzt, dass er als Vorsitzender sowie aufgrund der aktuellen Berichterstattung, den Oberbürgermeister, Herrn Bausewein, zur Sondersitzung eingeladen hat. Erfreulicherweise folgte der Oberbürgermeister der Einladung.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Durch den Ausschussvorsitzenden, Herr Präger, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, wurde informiert, dass unter dem TOP 5 – Informationen eine Präsentation bzgl. des geplanten Modellprojekts zur Öffnung des Einzelhandels in der Innenstadt durch den Oberbürgermeister, Herrn Bausewein sowie den Beigeordneten Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Herrn Linnert, geplant ist. Weiterhin werde durch den Oberbürgermeister eine Stellungnahme zum eingereichten Fragenkatalog der Fraktion CDU zum Modellprojekt erfolgen. Es wurden keine Anträge zur Änderungen zur Tagesordnung gestellt.

3. Dringliche Angelegenheiten

Die Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht notwendig.

4. Anhörung - Lockdown für den Innenstadthandel und die lokale Wirtschaft
(Maßnahmen gem. Drucksachen 2309/20, 0149/21, 0246/21)
hinzugezogen: Vertreter der lokalen Wirtschaft/ Handel Erfurts

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Präger, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, klärte die Anwesenden über die angedachte Verfahrensweise zur Anhörung " Lockdown für den Innenstadthandel und die lokale Wirtschaft" auf. Zur Sitzung wurden auf Vorschlag der Fraktionen folgende Gäste eingeladen:

Vertreter der Industrie- und Handelskammer Erfurt, der Handwerkskammer Erfurt, der Dehoga Thüringen e.V., der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Thüringen, des Krämer-Loft Coworkingspace Erfurt, des Zughafens Kulturbahnhof, des Kalif Storch, der Buchhandlung Contineo, des Bioladen Clärchen, des Café Nüsslein, der Ehrke-Bach GbR, der Modehäuser eigenART, der Modeboutique by Franco, der Riekers & Elsmann GbR, der Mode Pfaff GmbH, des City-Management e.V., des KONTOR Erfurt, die Citymanagerin Frau Stepputtis und die Herren Bangert, Fischer, Kallenbach und Kowalczyk

Jedem der benannten Vertreter werde die Möglichkeit eingeräumt über die persönliche, wirtschaftliche Situation zu berichten. Die Redezeit der einzelnen Vertreter werde auf drei Minuten beschränkt, so dass für die gesamte Anhörung ca. eine Stunde vorgesehen ist. Weiterhin wurde um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für die Gäste gebeten. Dieses wurde durch die Ausschussmitglieder einstimmig erteilt.

Der Vorsitzende eröffnete die Anhörung und erteilte dem Vertreter des Bioladens Clärchen das Wort:

1. Bioladen Clärchen

Derzeit befände man sich in einer wirtschaftlich schweren Situation. Aus diesem Grund werde das angedachte Pilotprojekt zur Ladenöffnung als sehr spannend angesehen. Es sei dennoch wünschenswert, wenn seitens der Landeshauptstadt ein aktiveres Zugehen auf die Händler erfolgt und Marketing- und Werbekampagnen intensiver gefördert werden. Zur Belebung des Handels im Altstadtbereich wurde der Vorschlag unterbreitet, weitere Fahrradparkplätze zu schaffen, da gerade für die kleineren Geschäfte die Laufkundschaft aus dem direkten Umfeld besonders bedeutungsvoll ist.

2. Buchhandlung Contineo

Mit Bedauern musste festgestellt werden, dass beim angedachten "Pilotprojekt zur Öffnung des Einzelhandels" lediglich der Innenstadtbereich berücksichtigt wird. In den letzten Jahren habe sich gerade der Bereich "Magdeburger Allee" in Bezug auf Einzelhandel stark verändert. Es existieren kaum noch Einzelhandelsgeschäfte, wobei die Magdeburger Allee ursprünglich ebenfalls als "Einkaufsmeile" konzipiert wurde. Grundlegend müsse es einen Wandel im Handel geben, gerade auch wegen der enormen Konkurrenz des Online-Handels. Um den lokalen Handel der digitalen Entwicklung anzupassen, wäre eine lokale Internetplattform (z. B. eine "buy-local-Initiative") eine hilfreiche Unterstützung, um gerade kleine Geschäfte hervorzuheben und ins Gedächtnis der Kunden zu rufen. Eingebraachte Vorschläge der Fraktionen, nachdem die Regelungen zu "Werbeaufstellern" gelockert wer-

den könnten, werden nicht als wirksam erachtet. Zudem ist eine Erhöhung der verkaufsoffenen Sonntage gerade für kleinere Geschäfte kaum zu bewerkstelligen, da die personelle Ausstattung nicht vorhanden ist.

3. by Franco

Grundlegend werden die durch den Freistaat Thüringen gefassten Maßnahmen als kritisch eingeschätzt. Man wünsche sich aus diesem Grund eine stärkere Unterstützung durch die Kommunen, um die Notwendigkeit sowie Wirksamkeit bestimmter Regelungen auf den Prüfstand zu stellen. Hervorzuheben ist dennoch die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaftsförderung. Auch wenn die Idee des "Pilotprojekts" sehr überraschend für die Einzelhändler gekommen ist, begrüße man den Vorstoß. Dennoch ist ein zeitlicher Vorlauf dringend notwendig, um die Geschäfte hinreichend auf die Wiedereröffnung vorzubereiten. Als geeignet werden die Vorschläge der Erhöhung der Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage gesehen, welche in Verbindung mit einer Reduzierung der Gebühren für ÖPNV sicherlich mehr Kunden in die Innenstadt locken würde.

4. Café Nüsslein

In seiner Funktion als Kreisvertreter der Gastronomen bei der Dehoga Thüringen e.V., musste zum Leidwesen aller Gastronomen festgestellt werden, dass bei der Planung zum Pilotprojekt diese nicht miteinbezogen wurden. Dennoch kann die Unterstützung, welche den Gastronomen im letzten Jahr zugekommen ist als gut eingeschätzt werden. Sollten die Gastronomiebetriebe überraschenderweise doch Bestandteil des Pilotprojekts werden, stehe viel Arbeit für zwei Tage bevor, um eine reibungslose Öffnung zu ermöglichen. Trotzdem sehe man hier zumindest erstmals seit Langem eine Perspektive. Als weiterer Vorschlag wurde die Idee geäußert, ggf. für einen begrenzten Zeitraum das Verbot von Heizstrahlern auszusetzen. Nur so wäre man in der Lage eine Außenbewirtschaftung auch in der kälteren Jahreszeit zu ermöglichen. Weiterhin wurde das immer noch geltende Alkoholausschankverbot thematisiert. Der Betrieb einer gastronomischen Einrichtung ist so nicht umsetzbar. Außerdem sollte über eine Senkung bzw. das Aussetzen der Gebühren für Wirtschaftsgärten nachgedacht werden, damit für die Betriebe eine finanzielle Entlastung bei einer eventuellen Wiedereröffnung entsteht. Auf Nachfragen, ob eine Öffnung der Gastronomie für das Pilotprojekt hinzugenommen werden könnte, erklärte der Oberbürgermeister, dass dies, sollte das Pilotprojekt positiv verlaufen, im zweiten Schritt geplant ist.

5. Amt für Wirtschaftsförderung

Der Zusammenhalt und die offene Kommunikation zwischen Händlern und der Wirtschaftsförderung könne nicht besser sein. Die derzeitige Situation sei für die Einzelhändler schlichtweg ungerecht, so Frau Stepputtis. Es ist nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund Baumärkte berechtigt sind durch "click-and-meet" zumindest eingeschränkt den Betrieb aufrechtzuerhalten, jedoch Händlern anderer Branchen dies versagt bleibt. Durch die unterschiedlichen Öffnungsstrategien der Bundesländer entstehe zunehmend ein regelrechter "Einkaufstourismus". So berichten viele Betroffene, dass Stammkunden "abwandern" und nun ihre Einkäufe in Städten wie Leipzig erledigen, da dort gelockerte Einzelhandelskonzepte existieren. Das Hauptaugenmerk sollte dennoch darauf gerichtet werden, die Online-Einkäufer wieder zurückzuholen. Es müssen schnellstmöglich Perspektiven und Liquidationsaussichten gegeben werden. Die Ideen bzgl. der Steigerung der verkaufsoffenen Sonntage sowie Willkommeneröffnungstage in Verbindung mit Veranstaltungen, wird sehr begrüßt.

6. Dehoga Thüringer e.V.

Siehe Punkt 5.

Aufgrund der engen Zusammenarbeit und vorherigen Rücksprache mit den Vertretern des Amtes für Wirtschaftsförderung, erfolgte die vorherige Stellungnahme ebenfalls im Namen der Dehoga Thüringer e.V.

7. Ehrke-Bach GbR

Bereits seit Jahren engagiert sich die Ehrke-Bach GbR ehrenamtlich im Bereich der Förderung des Innenstadthandels. Vor allem das Gebiet der Digitalisierung werde hierbei unterstützt. Die derzeitige Notsituation müsse als Chance gesehen werden, zukünftig Marketing neu zu denken. Eine Idee wäre beispielsweise eine Service-Website einzurichten, über welche unkompliziert eine Übersicht freier Termine, z. B. bei Friseuren, angezeigt wird, um so auch spontan Termine zu buchen. Eine Einführung eines City-Tickets für einen festgelegten Zeitraum würde sicherlich zu einer Belebung der Innenstadt führen.

8. eigenART

Es war kein Vertreter anwesend.

9. Herr Bangert

Als Inhaber einer Hotelkette sowie eines Gasthauses habe der Lock-Down beide Geschäftsbereiche empfindlich getroffen. Eine tatsächliche Hilfe für die Gastronomie wäre der Verzicht oder zumindest eine spürbare Senkung der Gebühren für die Nutzung der Außenbereiche. Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand wird es als unwahrscheinlich angesehen, dass in naher Zukunft wieder größere Veranstaltungen von z. B. 100 Personen in geschlossenen Räumen stattfinden können. Aus diesem Grund müssen Alternativlösungen gefunden und gefördert werden, wie eben eine erhöhte Nutzung der Außenbereiche.

10. Herr Fischer

Nichtdestotrotz, das Optiker ihre Dienstleistungen fast durchgehend anbieten durften, befinden sich seine 45 Mitarbeiter in Kurzarbeit. Dies kann nicht dauerhaft aufrechterhalten werden. Grundlegend müsse man den Blick auf die Quartiersentwicklung schärfen. Bereits vor der Pandemie habe sich ein negativer Trend gezeigt. Viele Kunden berichten, dass Besuche in der Innenstadt nicht mehr als sicher und angenehm empfunden werden. Neben immer häufiger auftretenden Gruppenansammlungen, z. B. rund um den Anger, welche für viele Menschen bedrohlich wirkt (kriminogener Ort), werde die Sauberkeit als solches, bemängelt (z. B. Graffiti-Schmierereien).

11. Herr Kallenbach

Mittlerweile konnten vier Arbeitsgruppen gegründet werden, um die Belebung der Innenstadt zu fördern. Als Leiter der Arbeitsgruppe "Mobilität" habe er in den letzten Monaten mit Erschrecken die ersten Ladenschließungen wahrnehmen müssen. Die nun vom Oberbürgermeister angestrebte Initiative könnte aus diesem Grund ein Anfang sein, das Ladensterben in der Innenstadt aufzuhalten. Als zielführende Maßnahme empfände man die Einführungen von Sondertarifen für den ÖPNV bzw. die Senkung von Parkgebühren in Parkhäusern oder ebenerdigen Parkplätzen. Hierdurch werden auch Besucher aus den umlie-

genden Ortsteilen animiert Einkäufe in Erfurt zu erledigen. Vorbereitend auf die Anhörung wurden aus diesem Grund im Vorfeld bereits Gespräche mit privat betriebenen Parkhausinhabern bzgl. einer Senkung der Nutzungsgebühren, z. B. an Wochenenden, geführt. Von zwei Betreibern erfolgte positive Rückmeldung, sollten sich die anderen Parkhausinhaber ebenfalls für eine Senkung entscheiden.

12. Herr Kowalczyk

Als freischaffender Illustrator sei er zwar nicht direkt durch einschränkende Maßnahmen in der Ausübung seines Berufes betroffen, jedoch muss festgestellt werden, dass sich die Auftragslage durchaus verändert hat. Da zum Kundenportfolio auch eine Vielzahl von Veranstaltern sowie Kunst- und Kulturschaffende zu zählen sind, diese Branchen aber seit längerer Zeit erneut ein Betrieb untersagt ist, findet hier derzeit keine Akquise statt. Viele getroffenen Maßnahmen und Strategien werden unzureichend kommuniziert, was für Betroffene sehr frustrierend ist. Als eine weitere Idee zur Belebung der Innenstadt wurde der Vorschlag zur Ausweitung einer temporären Nutzung geschlossener Flächen in der Innenstadt für Kunst und Kultur unterbreitet.

13. Kalif Storch

Siehe Punkt 20 (Zughafen Kulturbahnhof)

Es war kein Vertreter des Kalif Storch anwesend.

14. Handwerksammer Erfurt

Die Vertreter der Handwerkskammer Erfurt wurden im Vorfeld zur Sitzung entschuldigt.

15. Industrie- und Handwerksammer Erfurt

Die derzeitige Situation ist für die Unternehmen dramatisch. Selbst nach der CORONA-Krise werde man noch lange mit den Folgen kämpfen müssen. Es empfiehlt sich aus Sicht der IHK den Fokus auf zwei bis drei durchschlagende Maßnahmen zu setzen und nicht zu viele kleinere, am Ende aber vielleicht ineffektive, Lösungsansätze zu verfolgen. Hierbei stellt das vom Oberbürgermeister angekündigte Modellprojekt ein vielversprechendes Konzept dar. Außerdem sollte über eine Absenkung der Gewerbesteuer nachgedacht werden, um die Unternehmen finanziell zu entlasten. Eine weitere Überlegung sollte es sein, die Thüringer Ladenöffnungsgesetze zu novellieren.

16. KONTOR Erfurt

Nach Ansicht des Inhabers KONTOR Erfurt stelle die CORONA-Pandemie, in Bezug auf Handel und lokale Wirtschaft, eigentlich einen Katalysator dar. Hierbei habe die Krise lediglich eine Beschleunigung dessen verursacht, was in den kommenden 10 Jahren sowieso eingetreten wäre. Ein Innenstadtsterben sowie das Abwandern von Kreativen, Künstlern und Kulturschaffenden habe bereits vor der Pandemie begonnen. Aus diesem Grund müsse man vollständig umdenken und neue die Räume für Kreativität schaffen. Zudem sollte die Nutzung von Außenflächen, ohne Sondergebührenerhebung, für Gastronomen ermöglicht werden.

17. KrämerLoft Coworkingspace Erfurt

Das Hauptaugenmerk sollte von nun an auf die Schaffung von Netzwerken gelegt werden. Gerade dies stelle einen Hauptaufgabenbereich des KrämerLoft Coworkingspace Erfurt dar. Die derzeitige Auftragsituation habe sich insoweit verändert, dass keine direkten Veranstaltungen und Meetings stattfinden können. Hierdurch war man gezwungen neue Wege zu beschreiten. So konnten im Rahmen von Web-Konferenzen durchaus einige Events stattfinden. Des Weiteren sollte man nicht vergessen, dass einige Berufszweige ebenso direkt von dem Lock-Down betroffen sind, obwohl sie kein Ausübungsverbot auferlegt bekommen haben. So sind beispielsweise Event-Fotografen derzeit völlig arbeitsunfähig.

Die Sitzung wurde um 18:08 Uhr unterbrochen und der Sitzungssaal für 10 Minuten gelüftet.

18. Mittelstands- und Wirtschaftsunion Thüringen

Glücklicherweise erhalten viele Unternehmen staatliche Hilfen, um einen Ausgleich für die Einschränkungen zu erhalten. Im europäischen Vergleich ist dies eine Ausnahme. Dennoch muss festgestellt werden, dass Teile der neuen Verordnung erneut nicht nachvollziehbar sind. So sind Gartenmärkte und Kinder-Schuhgeschäfte berechtigt zu öffnen, Schuhläden als solches und Baumärkte jedoch nicht. Hier entbehrt es jeglicher Logik. Die Maßnahmen müssen gerade für den Wirtschaftszweig Handel klar definiert und nachvollziehbar sein. Eine weitere Hilfestellung wäre zudem die Senkung der Gewerbesteuer auf 400 %-Punkte, da bei diesem Wert für das einzelne Unternehmen tatsächlich eine spürbare Entlastung eintritt.

19. City-Management e.V.

Hauptkritikpunkt des zweiten Lock-Downs sei eine fehlende Exit-Strategie, erklärte der Vorsitzende des City-Management e.V. Zudem wurde zu Beginn eine Schließung für drei Wochen angekündigt. Nun befinde man sich im März des neuen Jahres und noch immer werde keine Perspektive in Aussicht gestellt, wann eine schrittweise Öffnung erfolgen wird. Grundlegend bestehen juristisch enorme Zweifel an der Effektivität, Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit der Maßnahmen. Für die vom Oberbürgermeister angestoßene Initiative sei man überaus dankbar, da endlich die verfestigten Strukturen durchbrochen werden könnten und den Händlern Hoffnung gegeben wird.

20. Zughafen Kulturbahnhof

Aufgrund enger Zusammenarbeit, erfolgte die Stellungnahme ebenfalls im Namen des Vertreters des Kalif Storch. Als Veranstaltungs-, Gastronomie- und Handwerksbetrieb wurde durch den Lock-Down jegliche Handlungs- und Arbeitsgrundlage genommen. Um zu verhindern, dass es flächendeckend zu Schließungen kommt, da keine Sicherheit mehr bestehe, müsse ein Anreizkatalog erstellt werden. Hierdurch könnten die betroffenen Unternehmen motiviert werden, den Betrieb nicht aufzugeben. Aus Sicht der Gastronomie und Veranstaltungsszene werde die Senkung von Barrieren, also eine grundlegende Überarbeitung von Auflagen, als effektivste Maßnahme angesehen.

21. Mode Pfaff GmbH

Mittlerweile ist es für die meisten, zumindest kleineren Unternehmen, bereits fast zu spät, erklärte die Geschäftsführerin. Das neuerliche Urteil des Verwaltungsgerichts Saarland zeige einmal mehr, dass die verhängten Verbote einer rechtlichen Prüfung nicht standhalten. Wie bereits erwähnt, ist es schlichtweg nicht mehr nachvollziehbar, aus welchem Grund bestimmte Handelszweige öffnen dürfen und andere geschlossen bleiben müssen. Gerade im Bereich der "angeblichen" Grundversorgung stoße bitter auf, dass die großen Lebensmittelketten durchweg den Betrieb aufrechterhalten konnten. Entgegen der reinen Grundversorgung seien diese jedoch auch berechtigt andere Waren zu verkaufen. So kann man neben Spielzeug, Schmuck, Kleidung sowie Schuhen ebenso Elektronik erwerben. Hingegen dürfen Fachgeschäfte, welche genau diese Waren anbieten, nicht öffnen, da das Risiko einer Infektion angeblich erhöht sei. Nach dem ersten Lock-Down waren die Einzelhändler gezwungen finanzielle Mittel einzusetzen, um die hygienischen Standards (Desinfektionssprays, Spuckschutzwände etc.) zu erreichen. Dennoch wurde erneut beschlossen den Einzelhandel zu schließen. Als sehr förderlich, sollte es eine schrittweise Öffnung geben, werde die Senkung der Parkgebühren eingeschätzt. Darüber hinaus sollten ebenfalls Überlegungen erfolgen noch weitere Parkplätze zu schaffen, da die Kundschaft häufig über zu wenig bzw. zu teure Parkmöglichkeiten im Innenstadtbereich klagt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgten, ergriff der Vorsitzende das Wort und bedankte sich für die Einblicke, welche durch die Betroffenen gegeben wurden. Alle Beteiligten haben hierdurch für die kommende Stadtratssitzung hilfreichen Input erhalten, ebenso wegen der Vielzahl an konstruktiven Anregungen und nützlichen Ideen. Zusammenfassend sei zu erkennen gewesen, dass trotz unterschiedlichster Geschäftsbereiche viele Schnittstellen zu finden waren. Jedoch waren auch Unterschiede zu erkennen, wie z. B. sich Befürworter für Vergünstigungen und ÖPNV Befürwortern von ermäßigten Parkgebühren gegenüberstehen. Bei der Frage der Erhöhung der verkaufsoffenen Sonntage fielen die Meinungen ebenfalls deutlich auseinander. Nichtsdestotrotz bestehe Konsens darüber, dass dringend Exit-Strategien ausgearbeitet werden und Maßnahmen an die Lebenswirklichkeit angepasst werden müssen. Es muss verhindert werden, dass erneut theoretische, praxisferne Konzepte entstehen. Abschließend erlaubte sich Herr Präger folgende persönlichen Hinweis: Die mehrfach erhobene Kritik über die derzeitige Arbeitsweise der Landesregierung sei nachvollziehbar. Jedoch sollte bedacht werden, dass getroffenen Entscheidungen auf kommunaler Ebene umgesetzt werden müssen und oftmals kein Handlungs- oder Entscheidungsspielraum besteht, um Sonderwege gehen zu können.

5. Informationen

Durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Präger, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, wurde im Vorfeld eine Präsentation des Oberbürgermeisters, Herrn Bausewein, zum Thema "Modellprojekt zur Öffnung des Einzelhandels in der Innenstadt" angekündigt. Hierzu übergab er das Wort an den Oberbürgermeister.

Eingangs informierte Herr Bausewein über einen aktuellen Pressebericht der Thüringer Allgemeinen bzgl. des geplanten Modellprojektes. Die dort benannten Angaben bzgl. notwendigen Personals und Gesamtkosten sind nicht korrekt. Eine Klärung, wie es zu diesem Kommunikationsdefizit gekommen ist, stehe noch aus. Nach Bekanntgabe der Planungen

eines Modellprojektes erntete man viel Lob, aber auch Kritik. Den Kritikern zufolge wäre eine Öffnung verfrüht. Rückblickend ist die Landeshauptstadt Erfurt harte Linie gefahren und stellte die Bürgerinnen und Bürger vor große Entbehrungen. Es ist zu sehen, dass die Kommunen, welche an strengen Vorschriften festhielten insgesamt die Pandemie mit niedrigeren Zahlen durchlaufen haben.

Nunmehr werden die Stimmen in der Gesellschaft lauter, endlich Perspektiven für eine Rückkehr zur Normalität zu schaffen. Die Menschen sind ermüdet und nicht mehr gewillt die Einschränkungen lange hinzunehmen. Zudem fehlt zunehmend das Verständnis für bestimmte Regelungen. Parkanlagen sind geöffnet, Zoos hingegen müssen geschlossen bleiben. Der derzeitige Maßnahmenplan zur Öffnung des Einzelhandels in Thüringen sieht eine Wiedereröffnung ab einer Inzidenz von unter 50, mehr als 14 Tage in Folge, vor. Bei Betrachtung der Fallzahlen im Freistaat kann davon ausgegangen werden, dass dies nicht vor dem Sommer erreicht werden kann. Da dies eine unzumutbare Prognose darstelle, wolle man mit dem "Erfurter Modell" eine Perspektive schaffen. Orientiert an den Hygienekonzepten im Leistungssport, sieht man beim sog. "Blasenkonzept" die erfolgversprechendste Möglichkeit den Handel ggf. dauerhaft wieder öffnen zu können. Bei einem kürzlich geführten Telefonat mit der Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Frau Werner, teilte diese bereits mit, dass die für die kommenden Tage angekündigte Landesverordnung Ausnahmeregelungen für den Einzelhandel vorsieht. Sobald diese bekannt sind, werde man erfahren, ob das "Modellprojekt" umgesetzt werden kann. Nachjustierungen werden angestrebt, sollte das "Modellprojekt" nicht von den Ausnahmeregelungen betroffen sein. Wie bereits bekannt geworden, wurden für das "Erfurter Modell" verschiedene Variante ausgearbeitet. Neben einer digitalen Registrierung, z. B. über Smartphones, wird auch eine telefonische Anmeldung über eine Hotline oder das Tragen von "Teilnehmerbändchen" als Möglichkeit gesehen, um nach einem Negativschnelltestergebnis Zugang zum "Einkaufsbereich" zu erhalten. Durchaus ist ein Risiko gegeben, da dieser Versuch einem Massentest gleichkommt, was die Inzidenz hochtreiben könnte. Dennoch muss es auch als Chance gesehen werden einen Rückschluss auf die Dunkelziffer zu bekommen und auf diesem Weg eben auch unerkannt Erkrankte zu entdecken. Auf die Frage, welche Verfahrensweise beim Vorliegen eines positiven Schnelltest angedacht ist, informierte Herr Bausewein, dass die Koordinierung losgelöst vom Gesundheitsamt ist. Aus diesem Grund werden auch freiwillige Ärzte und weiteres medizinisches Personal gesucht. Bereits jetzt haben sich schon Freiwillige finden lassen, jedoch sind noch weitere Personen notwendig. Die Gesamtkosten des Pilotprojektes werden auf unter 100.000 EUR geschätzt. Abschließend in Bezug auf die Pläne der Stadt Weimar, bereits am 15.03.2021 den gesamten Einzelhandel freizugeben, wurde erklärt, dass dies gem. Länderverordnung nicht möglich ist. Auch werden diese Pläne als riskant eingeschätzt, da eine Öffnung nur in einem gesicherten Rahmen, wie in Erfurt mit einer Regulierung der Besucherzahlen, stattfinden sollte. Im Anschluss erlaubte sich der Beigeordnete für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Herr Linnert, den Hinweis, dass durch den Oberbürgermeister bereits die wichtigsten Inhalte der Präsentation erfolgt sind. Er erkundigte sich bei den Anwesenden, ob die Vorstellung des Konzeptes dennoch erwünscht wäre. Es bestand Einstimmigkeit unter den Ausschussmitgliedern, dass die Vorstellung der Präsentation nicht notwendig ist.

So dann eröffnete der Ausschussvorsitzende die Beratung:

Im Namen der Fraktion CDU, bedankte sich Herr Hose bei den geladenen Gästen für die Teilnahme und die umfangreiche Berichterstattung zur derzeitigen Wirtschaftslage ihrer Unternehmen. Eine solche Zusammenkunft verschiedenster Branchen sei immens förderlich, um praktikable Lösungsansätze für die Betroffenen auszuarbeiten. Die Fraktion stehe dem Projekt offen gegenüber, dennoch wäre eine frühzeitigere Einbindung in die Pläne rund um das "Modellprojekt" wünschenswert gewesen. Bei einer tatsächlichen Umsetzung müssen auch weitere Szenarien bedacht werden. Sollten die Fallzahlen durch die "Testeinkaufstage" hochschnellen, bestehe die Gefahr von Schul- und Kindergartenschließungen. Dies müsse jedoch unbedingt verhindert werden. Es stelle sich also die Frage, ob der Vorstoß nicht zu viele unbekannte Risiken birgt. Es wurde um Auskunft gebeten, an welchem Wochenende genau die "Shopping-Tage" geplant sind. Abschließend erklärte Herr Hose bzgl. des eingereichten Fragenkataloges, dass eine mündliche Beantwortung nicht notwendig ist, vielmehr eine schriftliche Stellungnahme erbeten wird. Die schriftliche Beantwortung sicherte der Oberbürgermeister zeitnah zu. Auf ein konkretes Datum habe man sich noch nicht festgelegt, so der Oberbürgermeister. Da die betreffenden Geschäfte ebenso genügend Vorbereitungszeit benötigen, wäre der frühestmögliche Termin 19./20.03.2021. Um ausreichend Vorlauf zu haben, wäre es realistischer den 26./27.03.2021 ins Auge zu fassen. Wegen der vorgebrachten Sorgen einer Inzidenzerhöhung nach Durchführung des "Test-Shopping" erinnerte der Oberbürgermeister an den Wunsch endlich Perspektiven zu schaffen und gemeinsam einen Weg zur Normalität zu suchen. Durchaus bestehe ein Risiko, dass durch die Vielzahl an Testungen, weitere Effekte ausgelöst werden, hierbei würden aber schlichtweg die Dunkelziffern sichtbar werden, was auch auf lange Sicht betrachtet das Infektionsgeschehen beherrschbarer machen kann. Im Vorfeld haben bereits Gespräche mit dem Vorsitzenden des Thüringer Hausärzterverband sowie die Vertretern des Helios Klinikums und des Katholischen Krankenhauses stattgefunden, um abzustimmen, welche weiteren Schritte einzuleiten wären, sollte ein positives Testergebnis vorliegen. Grundlegend wird das Projekt als kalkulierbar und gerechtfertigt eingeschätzt.

Herr Waßmann, Fraktion CDU, erbat eine Definition des Begriffes "Innenstadt", welche im Zusammenhang mit dem Gebiet stehe, was für das Projekt vorgesehen wird. Weiter wurde erfragt, ob durch das Rechtsamt bereits eine Stellungnahme erfolgt ist und über welche Kanäle die Bürgerinnen und Bürger sowie betreffenden Geschäfte in Kenntnis gesetzt werden, wann genau das Modellprojekt stattfindet. Der Begriff "Innenstadt" wurde bereits klar definiert. Der Oberbürgermeister erklärte weiter, dass durch das Rechtsamt noch keine Einschätzung abgegeben wurde. Der Informationsfluss würde über das Amtsblatt, lokale Zeitschriften, ggf. Flugblätter laufen. Auch werden die Fraktionen frühzeitig mit konkreten Informationen versorgt, um diese weitertragen zu können.

Aufgrund der getroffenen Aussagen ergänzte Herr Waßmann und betonte, dass auch aus juristischer Sicht ein Scheitern verhindert werden muss. Hierzu entgegnete Herr Bausewein, dass juristische Risiken bestehen könnten, da Anfangs sicherlich subjektiv empfundene Ungerechtigkeiten vorliegen. Eine Verhinderung der Durchführung führe am Ende jedoch eher zu einem Selbstschaden, da bei einem positiven Abschluss des Projektes die Betroffenen ggf. im nächsten Schritt berücksichtigt werden können. Von daher hoffe man auf Einsicht und Akzeptanz.

Durch Herrn Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/ PIRATEN wurde der Vorstoß der Verwaltung begrüßt. Dennoch erinnerte er an die derzeit wieder steigenden Zahlen und die Aufrechterhaltung des medizinischen Sektors. Außerdem sollte empfindlich darauf geachtet werden, dass keine Fehlkommunikationen entstehen. Nichtsdestotrotz bestehe ein reales Risiko, dass sich beispielsweise Besucher anderer Kommunen ausgegrenzt fühlen, wenn diese z. B. einen Negativtest vorlegen können und dennoch nicht am "Pilotprojekt" teilnehmen dürfen. Die Inzidenz sei kein Geheimnis, erwiderte der Oberbürgermeister. Mit Blick auf die Stimmung in der Bevölkerung muss erkannt werden, dass es höchste Zeit sei Aussichten aufzuzeigen aus dem Lock-Down schrittweise auszusteigen. Trotz der ansteigenden Neuinfektionen seien die Zahlen von stationär zu behandelnden Patienten rückläufig. Nunmehr wurde auch das Impfzentrum "Messe" in Betrieb genommen und der Start verlief hervorragend. Zusammengefasst führe die Erhöhung der Impfkapazität hierdurch auch weiter zu einer Entlastung der Belegungsquote. Wegen der Risiken auf Auseinandersetzungen mit Einwohnern anderer Kommunen ergänzte Herr Linnert, dass es jede Stadt und Kommune das Recht obliegt Differenzierungen bei Vergünstigungen zwischen Einwohnern und Auswärtigen machen zu können. Beim Vorliegen einer Pandemie ist das angedachte Vorgehen durchaus gerechtfertigt. Abschließend bat Herr Stampf um Beantwortung der Frage, was für weitere Schritte angedacht sind, sollte am Mittwoch, den 17.03.2021 im Rahmen der Stadtratssitzung in gemeinsamer Beschluss der Fraktionen zu Stande kommen. Sollte der Stadtrat einen Prüfauftrag beschließen, werden selbstverständlich die darin enthaltenen Aufgaben durch die Verwaltung umgesetzt, erklärte der Oberbürgermeister.

Die Sitzung wurde u, 19:20 Uhr für 10 Minuten unterbrochen und der Sitzungssaal gelüftet.

Unter Bezugnahme auf das Interview der Bürgermeisterin und Beigeordneten für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, man rechne mit ca. 10.000 Teilnehmern, wurden durch Herrn Hose nähere Erläuterungen erbeten, welche Teststrategie geplant ist, um zu große Menschenansammlungen an den Teststationen zu vermeiden. Herr Hose bat um schnellstmögliche Weiterleitung neuer Erkenntnisse, wie sich das Gesundheitsministerium zu den Plänen des "Test-Shoppings" positioniert. In Hinblick auf das Impfzentrum "Messe" kann bereits festgestellt werden, dass die Terminvergabe sehr gut verläuft und keine "Staus" entstanden sind. Nach ersten Berechnungen können bis zu 60 Personen pro Stunde getestet werden. Um ein Überlaufen der Teststationen zu verhindern, stehen verschiedene Varianten zur Koordinierung zu Wahl. Unter anderem existieren Überlegungen die Terminvergabe mittels einer App über das Smartphone durchzuführen oder sich über eine Hotline anmelden zu können. Eine Entscheidung hierzu stehe noch aus, informierte der Oberbürgermeister. In Hinblick auf die Ankündigungen des Bundesgesundheitsministers, dass ab dem 08.03.2021 jeder Bürger des Landes das Recht auf einen kostenlosen, wöchentlichen Schnelltest hat, erklärte Herr Linnert, dass dies bedeutet, dass sowieso eine Testinfrastruktur aufgebaut werden wird. Dies stelle eine anspruchsvolle Aufgabe dar, welcher sich sowieso nun gestellt werden muss. Beispielsweise zeige ein in Erfurt niedergelassenes Unternehmen mit mehr als 3000 Mitarbeitern, dass eine hohe Testkapazität täglich abarbeitet. Hier ist es jedem Mitarbeiter möglich sich täglich testen zu lassen. Vor diesem Hintergrund geht man davon aus, dass die notwendige Vortestung erfolgreich durchgeführt werden kann. Wegen weiterer Informationen zum eingereichten Konzept, wurde durch den Oberbürgermeister zugesichert, dass dies im nächsten Hauptausschuss erfolgen wird, sollten zu diesem Zeitpunkt bereits neue Erkenntnisse vorliegen.

Problematisch sei im Moment, dass noch keine Impfverordnung des Bundes oder des Landes vorliegt. Dies wurde in der Telefonkonferenz mit der Gesundheitsministerin ebenfalls thematisiert.

Aufgrund einer Wortmeldung von Herrn Perdelwitz, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, bat der Vorsitzende die Ausschussmitglieder um Erteilung des Rederechts. Es wurde einstimmig dafür gestimmt. Herr Perdelwitz erinnerte an die bereits getroffenen Aussagen bezüglich eines Vertrauensverlust der Bevölkerung. Durch die notwendigen Testungen vor einer Beteiligung an dem Pilotprojekt, steige die Gefahr eines überproportionalen Anstiegs von Neuinfizierten. Hierbei riskiere man eine – wie bereits angesprochen – erneut eine Schließung von Schulen und Kindergärten. Es ist fraglich, ob es wirklich notwendig ist, solch ein Szenario bewusst zu forcieren. Sicherlich bestehe das theoretische Risiko eines plötzlichen Anstiegs der Inzidenz durch symptomlose Infizierte. Aber genau diese Personen sind eben das größte Risiko, da sie eine Stabilisierung der Zahlen verhindern. Herr Präger stimmte den Aussagen des Oberbürgermeisters insoweit zu, dass bei einer Testung aller Bürger einmal in der Woche gleichermaßen ein exponentieller Anstieg erfolgen kann.

Abschließend hinterfragte Frau Hantke, Fraktion FDP, in Bezug auf die am 23.04.2021 beginnende Bundesgartenschau 2021 in Erfurt, ob bedacht wurde, dass die Eröffnung in Gefahr wäre, sollte es wegen des Pilotprojektes einen Anstieg der Inzidenz geben. Durch das Gesundheitsamt wurde ein extrem umfangreiches Gesundheits- und Hygienekonzept für die Bundesgartenschau ausgearbeitet. Aus diesem Grund werde die Bundesgartenschau mit Sicherheit pünktlich beginnen, so der Oberbürgermeister.

Nachdem keine weiteren Fragen bestanden und auch ansonsten keine weiteren Informationen vorlagen, beendete der Ausschussvorsitzende die öffentliche Sitzung.

Die Nichtöffentlichkeit wurde hergestellt.

gez. Präger
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in